

Wo bleibt der Aufschrei?

Deutschland muss mehr tun gegen das erschreckende Aufwallen des Antisemitismus | Von Sigmund Gottlieb

Es war wie immer: Die Reden nach dem Anschlag von Halle waren schnell verklungen, vergessen all die wohlgesetzten Worte. Der Terrorakt vom 9. Oktober 2019 versetzte unser Land für einen Moment in Schockstarre. Danach war alles wie gehabt: Viele Worte, viel Betroffenheit, keine Taten. Knapp ein Jahr danach sorgt ein antisemitischer Angriff auf einen jüdischen Studenten vor einer Synagoge in Hamburg abermals für Bestürzung bei Juden in der Bevölkerung wie in der Politik. Die schweigende Mehrheit der Deutschen lässt es nach meiner Beobachtung dagegen kalt, dass es wieder so weit ist in Deutschland: Juden können sich ihres Lebens nicht mehr sicher sein. Die roten Linien werden jeden Tag aufs Neue überschritten.

Corona und Antisemitismus gingen in den vergangenen Wochen und Monaten eine gruselige Verbindung ein, gegen die sich erstaunlicherweise kaum Widerstand regte. So sind Demonstranten unterwegs, die vor einem Vergleich der Corona-Maßnahmen mit dem Holocaust nicht zurückschrecken. Binnen weniger Tage mutierte das Virus zu einer irren Mischung aus antisemitisch geprägten Verschwörungphantasien. Dass die Sicherheitsbehörden gleichzeitig vor einer Unterwanderung der Demonstrationen durch Rechtsextreme warnen, passt ins Bild.

Schon lange vor diesen alarmierenden aktuellen Entwicklungen hatte ich das Gefühl, dass wir in Deutschland dieser Entwicklung zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Viele Gespräche mit jüdischen Frauen und Männern führten mir schon vor Jahren deren tiefe Sorge vor Augen, ob sie in dem Land, in das ihre Familien nach



Die wehrhafte Demokratie braucht mehr als Lichterketten.

dem Holocaust mit einem enormen Vertrauensvorsprung zurückgekehrt waren, noch sicher seien.

Diese Sorge hat mich dazu bewegt, „Stoppt den Judenhass! Eine Streitschrift gegen den Antisemitismus“ zu verfassen. Es ist geschrieben für die jüdische Minderheit in diesem Land – als Teil und stellvertretend für alle Minderheiten, die sich bedroht fühlen und Schutz vermissen. Es ist geschrieben gegen alle, die diesen Zustand herbeigeführt haben, zulassen oder fördern.

Natürlich weiß ich, dass die Gleichgültigen immer und überall in der Mehrheit sind. Warum sollte das hierzulande anders sein. Aber wie ist zu erklären, dass auch den Engagierten, die gerne, viel und gegen alles auf die Straße gehen, die Juden und Israel ziemlich gleichgültig erscheinen? Es gäbe durchaus die Möglichkeit, gegen Antisemitismus zu demonstrieren. Wo bleibt der Aufschrei gegen den Judenhass? Es ist

zu wenig, nach einem Anschlag in einer spärlichen Lichterkette für eine Stunde Betroffenheit zu demonstrieren.

In den vergangenen Wochen habe ich viele Gespräche mit jüdischen Freunden geführt. Ihre größte Sorge gilt zurzeit der Bedrohung von rechts. Tausende gewaltbereiter Rechtsextremisten sind zu allem entschlossen, auch zum Mord. Ihre internationale Verknüpfung im Internet überfordert die Sicherheitsbehörden. Die Gefahr ist von Seiten der Politik inzwischen erkannt, doch sind Experten aus den Diensten skeptisch, ob sie der Bedrohung Herr werden. Dort kommt die AfD ins Spiel. Die Partei war bisher nicht in der Lage, ihre braunen Sumpfgebiete auszutrocknen. Ihre Wortwahl auf politischer Bühne bereitet daher den Boden für Hass, weil sie von Rechtsextremisten als Ermunterung empfunden werden. Da hilft es auch nichts, wenn sich die Wölfe den Schafspelz überziehen.

Die Antisemiten, die Judenhasser haben sich in unseren Alltag geschlichen. In der Mitte der Gesellschaft sind sie nicht erst jetzt angekommen, dort waren sie schon immer. Anders als früher hetzt man heute jedoch lauter und schamloser gegen Juden, weil die rote Linie, jenseits der die Zone des Unsagbaren beginnt, längst überschritten ist.

Antisemiten dehnen ihr Aktionsfeld hemmungslos aus. Die unverhohlene Judenfeindschaft wird ganz offensichtlich von einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern stillschweigend hingenommen und nicht als abstoßend, ekelhaft, menschenverachtend und barbarisch geächtet. Die Antisemiten sind überall. Es sind mehr geworden. Es sind mehr, als die Statistik sagt. Sie sind radikaler geworden. Juden in Deutschland ist es ziemlich gleichgültig, wer sie angreift: Rechtsextreme, radikale Muslime, Antizionisten, Akademiker aus der bürgerlichen Mitte. Sie wollen endlich eine überzeugende Antwort auf die Frage, die über Bleiben oder Gehen entscheidet: Wer schützt uns in diesem Land?

Unser politisches Spitzenpersonal muss sich die Frage gefallen lassen, warum es gegen das Coronavirus entschlossener

vergeht als gegen Rassismus und Antisemitismus. Corona wird durch Handeln bekämpft, beim Antisemitismus bleibt es bei Lippenbekenntnissen. Sie sind das Merkmal eines schwachen Staates, der den Worten keine Taten folgen lässt. Die wehrhafte Demokratie, die den Schutz aller Menschen in ihrem Verantwortungsbereich zu garantieren hat, ist zu einer nachlässigen Demokratie verkommen.

„Nie-wieder“-Reden hören sich gut an. Es sind Pflichtübungen. Sie lösen kein Problem. Sie halten keinen Rassisten oder Antisemiten von der Tat ab. Wir haben es in diesem Land zu lange zu weit kommen lassen. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit haben sich in den vergangenen Jahren breitmachen können, ohne dass ihnen entschieden Einhalt geboten wurde. Eine wirkliche, eine starke Antwort der Politik steht trotz einiger sinnvoller Einzelmaßnahmen noch aus. Der wehrhafte Staat trägt eine besondere Verantwortung für die Angehörigen seiner Minderheiten. Sie sind Teil von uns. Das Unheil, das ihnen geschieht, widerfährt uns allen.

Für Deutschland hat ein Wiederaufleben des Antisemitismus eine völlig andere Bedeutung als für andere Länder Europas oder für die USA. Für den Historiker Michael Brenner bedeutet diese historische Verantwortung, nicht nur das Geschehene in Erinnerung zu behalten, sondern auch „jegliche neue Hetze in irgendeiner Form und gegenüber irgendeiner Minderheit im Keim zu ersticken.“

Deutschland ist ein großartiges Land, um das uns die Welt beneidet. Aber in diesem Land macht man Jagd auf Juden, Muslime, Ausländer, „Fremde“, die anders aussehen. Es reicht.



SIGMUND GOTTLIEB
war von 1995 bis 2017 Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens. Sein Buch „Stoppt den Judenhass! Eine Streitschrift gegen den Antisemitismus“ erscheint am Dienstag im S. Hirzel Verlag.

In hitzigem Gefecht

Die Bundeswehr bestellt ein neues Sturmgewehr bei einem Kleinunternehmen mit zweifelhaften Geschäftsbeziehungen | Von Christian Wolf

Die Bundeswehr braucht ein neues Sturmgewehr – so hatte es vor mehr als fünf Jahren die damalige Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) entschieden. Zu öffentlich waren die Beschwerden über das Standardgewehr der Bundeswehr, das G36 der Firma Heckler & Koch, geworden. Viele Soldaten hatten sich beschwert, dass die Waffe bei hitzigen Gefechten heiß liefe und dadurch das Ziel verfehle. Wie immer bei solchen öffentlichen Diskussionen hat sich auch dort die Politik eingeschaltet und an der Sicherheit der Frauen und Männer gezweifelt, die doch für die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch sorgen.

Doch ist das G36 eine Fehlkonstruktion? Spricht man mit Angehörigen der Bundeswehr, dann bekommt man ein anderes Bild. Ein Großteil der Truppe ist mit der Waffe mehr als zufrieden. Da die Konstruktion zum größten Teil aus Kunststoff gefertigt wird, ist es im Vergleich zu Modellen von Mitbewerbern leicht. Auch sonst zeichnet sich das Modell durch Robustheit, Einfachheit und unter normalen Umständen auch als zuverlässige Waffe aus. Denn für Gefechte, bei denen Ziele mit langanhaltendem Dauerfeuer auf großer Entfernung nicht ausgelegt. Kurze Feuerstöße, dafür ist es gebaut.

Auch heute noch, rund 23 Jahre nach Einführung des Modells, genießt die Waffe weltweit einen guten Ruf und wird nach

wie vor für Armeen oder Behörden dieser Welt beschafft. Unabhängig davon wurde gleichwohl entschieden, dass die Truppe eine neue Waffe braucht. Anfangs war das Interesse auf Seiten der Industrie groß. Neben Heckler & Koch, die seit 1955 das Standardgewehr der Bundeswehr stellen, bewarben sich auf das lukrative Geschäft auch noch SIG Sauer, Rheinmetall und Haenel. Zu verlockend war der Auftrag, der dem Gewinner der Ausschreibung etwa 250 Millionen Euro in die Kassen spülen würde.

Nun ist es so, dass die Beschaffung von Rüstungsgütern in Deutschland so eine Sache ist. Schon früh beklagte sich die norddeutsche Waffenschmiede SIG Sauer etwa, dass der Auftrag auf den Mitbewerber Heckler & Koch ausgelegt sei. So war SIG Sauer anfangs noch zugesagt worden, bestimmte Munition zur Erprobung der eigenen Waffe zu testen, später wurde diese Aussage aber vom zuständigen Beschaffungsausschuss (BAAINW) in Koblenz zurückgezogen. Lieferanten der Bundeswehr mit Zugriff auf die Munition, wie eben Heckler & Koch, seien in der kurzen Zeit der Ausschreibung bevorzugt, weil sie länger testen konnte, teilte SIG Sauer 2017 mit und stieg aus der Ausschreibung aus. Rheinmetall, das in Kooperation mit dem österreichischen Waffenhersteller Steyr Mannlicher die geplanten 120000 Gewehre liefern wollte, zog ein Jahr später die Reißleine. Als Begründung gab der Rüstungsgigant aus Düsseldorf betriebswirtschaftliche Gründe

an. Viele Brancheninsider gingen damals aber von einem ähnlichen Beweggrund aus, wie ihn SIG Sauer schon angegeben hatte.

Es waren also nur noch zwei Waffenhersteller übrig. Haenel aus dem thüringischen Suhl hatte nach Ansicht vieler Experten keine Chance, schließlich hatte das Unternehmen vor drei Jahren nur vier Mitarbeiter. Heute sollen es laut Wirtschaftsdatenbank gerade einmal neun sein, und der Umsatz soll irgendwo bei rund 7 Millionen liegen. Heckler & Koch aus Oberndorf in Baden-Württemberg ist dagegen allein von den Wirtschaftszahlen ein ganz anderes Kaliber – mehr als 900 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz von über 220 Millionen Euro.

Ursprünglich war geplant, dass 2018 der Gewinner der Ausschreibung bekannt gegeben wird und die ersten Waffen 2020 an die Truppe ausgeliefert werden. Doch die Entscheidung wurde immer wieder verschoben, was bei der Auftragsvergabe von

Rüstungsvorhaben nichts Ungewöhnliches ist, da Verzögerungen mittlerweile fast schon zum guten Ton gehören. Als dann aber Ende vergangenen Monats bekannt wurde, dass David gegen Goliath gewonnen hat, der millionenschwere Auftrag des G36 Nachfolgers also nach Thüringen ging, war das Erstaunen in der Branche groß.

Warum und wieso die Entscheidung auf ein bis vor kurzem noch vielen unbekanntes Unternehmen gefallen ist, wird hoffentlich an der technischen Überlegenheit liegen.

Doch bis die Truppe die Waffen vom Typ MK 556 bekommen wird, kann es noch dauern. Denn kurz nach der Entscheidung für Haenel hat Heckler & Koch seine Juristen ins Feld geschickt. Die reichten prompt beim BAAINW eine fristgerechte Rüge ein. Nur wenige Tage später folgte dann das sogenannte Nachprüfungsverfahren. Weitere rechtliche Schritte sind möglich, die das Vergabeverfahren und vor allem die Auslieferung der Waffe um Monate, wenn nicht sogar um Jahre verzögern könnten. Auch das gehört mittlerweile zum normalen Beschaffungsprozess für Rüstungsgüter dazu.

Thema sind auf einmal auch die Eigentümerverhältnisse von Haenel, steckt doch hinter der beschaulichen Firma aus Thüringen mit Caracal International ein Waffenhersteller aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dass die Heckler & Koch AG von der luxemburgischen CDE Holding kontrolliert wird und bis 2002



CHRISTIAN WOLF
ist seit mehr als zehn Jahren als freier Autor für den Norddeutschen Rundfunk (NDR) mit dem Schwerpunkt Rüstung, Sicherheit und maritime Wirtschaft.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Klandestin

Letzthin schlug Angela Merkel die dringliche Einladung Donald Trumps zum G-7-Treffen nach Washington aus – „in Anbetracht der Pandemie-Gesamtlage“. Damals, wie sich nun angesichts folgenreicher Verantwortungslosigkeit des amerikanischen Präsidenten erwiesen hat, alles richtig gemacht und jetzt auch noch recht bekommen? Falsch wäre es, der Bundeskanzlerin die Auffassung von „Das geschieht ihm recht“ zu unterstellen. Sie hat ihm ja auch über ihren Regierungssprecher eine Mitteilung zukommen lassen. „Kanzlerin #Merkel: Ich sende Donald und Melania Trump all meine guten Wünsche. Ich hoffe, dass sie ihre #Corona-Infektion gut überstehen und bald wieder ganz gesund sind. @POTUS @FLOTUS“, lautete der Twitter-Tweet, wobei zu erklären ist, dass „POTUS“ für „President of the United States“ steht und „FLOTUS“ für deren First Lady. Vergleichsweise minimalistisch. Versehen mit der bewusst notdürftig verkappten Ermahnung von „Ich habe es ja gewusst“? Man stelle sich die Reaktion Merkels vor, Emmanuel Macron wäre an Covid-19 erkrankt.

Die Infizierung/Krankheit Trumps sei „kein Anlass zur Schadenfreude“, ist jetzt gesagt worden. Eine Formel, die einerseits realpolitisch die Möglichkeit berücksichtigt, Trump könnte ja Präsident bleiben, und die sich auch den Grundsatz zu eigen macht, Auseinandersetzungen müssten, wenn es um Leib und Leben geht, ihre Grenzen haben. Die aber andererseits an jene Scheinheiligkeit erinnert, die auftaucht, wenn von „Witze, die wir nie mehr hören wollen“ und „Bilder, die wir nie mehr sehen wollen“ die Rede ist und Hörer und Seher klammheimlich vor Gruseln juchzen. Das „Schadenfreude ist nicht angebracht“ kann die Negation des Gesagten auf klandestine Weise implizieren.

Zitat Schopenhauer: „Der schlechteste Zug in der menschlichen Natur ist die Schadenfreude, da sie der Grausamkeit enge verwandt ist.“ Nietzsche schrieb, Schadenfreude sei die „Rachsucht der Ohnmächtigen“, was Eingang in die (Küchen-)Psychologie fand, weil ganze Berufsgruppen von Schadenfreude leben. Früher Hofnarren, heute Kabarettisten, der Karneval sowie. Doch auch die Leute in der Politik, häufig gepaart mit Neid, gar Rachsucht, wenn es um Versprecher und sonstige Aussetzer (meist der Besserwisser, manchmal auch der Schwachen) geht oder eben gegen solche, deren Häme zu Lasten Dritter auch keine Grenzen kennt. Wie der Mensch so ist: Des einen Leid ist des anderen Freud.

DER HAUPTSTADTBRIEF. Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter